ROTE KOMMENTARE

Herausgegeben vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund, Heidelberg

10.6.1970

Verantwortlich für den Inhalt: R. Heß, c/o AStA, Grabengasse 14
Druck: J. Noth, Heidelberg

Die betriebsnahe Tarifpolitik der I.G. Chemie ist vorläufig am Ende - die Chemie-Arbeiter sind's nicht

Wir schrieben am Ende des Artikels "Betriebsnahe Tarifpolitik der IG-Chemie" (RK, 21.5.70), dass es gelte, die Entwicklung dieser Tarifbewegung in Hessen aufmerksam zu verfolgen, und wir haben das auch getan:

Wie wir schon berichteten, hatte die IG-Chemie am Samstag, den 16.5., die Urabstimmung über Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der Firmentarifverträge in Schwerpunktbetrieben (Höchst AG, Cassella AG, Merck und Röhm & Haas) beschlossen. Diese Urabstimmung wurde dann auf Freitag, den 22.5., angesetzt. In dieser Situation begannen der Arbeitgeberverband und die einzelnen Unternehmer ein taktisches Überraschungsmanöver: Am 19. Mai wurde in den Werken Merck und Röhm & Haas eine Lohnerhöhung von 10% und 3% Voraberhöhung verkündigt. In der ebenfalls von der Forderung nach Firmentarifverträgen betroffenen AK-Chemie schloß der Betriebsrat ohne Wissen und ohne Benachrichtigung der Verwaltungstelle in Frankfurt am selben Tage eine Betriebsvereinbarung ab, die eine Lohnerhöhung von 16% vorsieht. Am 20. Mai verkündigte der Arbeitgeberverband auf einer Pressekonferenz seinen Beschluss vom Vortag, dass er als Vorgriff auf den künftigen Tarifvertrag eine Lohnerhöhung von 10% anbietet. Auf dieses nochmalige Angebot des Arbeitgeberverbandes trat noch am Mittwochvormittag, 20. Mai, die Hessische Bezirkstarifkommission zusammen und schloß kurzerhand mit dem Arbeitgeberverband einen Tarifvertrag ab, der eine Lohnerhöhung von 11% und eine Voraberhöhung von 5% (beides rückwirkend zum 1. April) vorsieht. Damit war aber die entscheidende Forderung nach Firmentarifverträgen einzig gegen die Stimmen der Mitglieder von Merck und Röhm & Haas in der Tarifkommission fallengelassen worden (Endabstimmung 19:2).
Die Mitglieder der Werkstarifkommission, die zu allen Die Mitglieder der Werkstarifkommissionen, die zu allen Tarifverhandlungen der Bezirkstarifkommission mit beratender Stimme hinzugezogen werden sollten, trommelte man erst im Lauf der Verhandlungen zusammen, so dass sie überhaupt keinen Einfluß mehr nehmen konnten. Dass der künftige Tarifvertrag auch eine Öffnungsklausel beinhaltet, die es ermöglichen soll, während der Laufzeit des Tarifvertrages mit den einzelnen Unternehmern über Firmentarife zu verhandeln, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies nur Augenwischerei der Unternehmer ist.

INHALTSVERZEICHNIS:

Die betriebsnahe Tarifpolitik der IG Chemie ist vorläufig am Ende - die Chemiearbeiter sind's nicht

Erfolgreiche Rote Punkt-Aktion in Herfurt und Minden

Rede eines spanischen Arbeiters am 1. Mai auf dem Uniplatz

Schweigende Mehrheit oder Arbeiterklasse
Pro-Nixon-Demonstration in New York

Das Betriebsverfassungsgesetz - ein Gesetz für die Unternehmer

Zur Befreiung Andreas Baaders

Schließt das Amerikahaus!

Denn die Friedenspflicht verbietet es, die im Tarifvertrag vorgesehene Möglichkeit, über Firmentarifverträge zu verhandeln, mit gewerkschaftlichem Kampf durchzusetzen. Nur von daher kann man verstehen, dass die Unternehmer mit dieser Öffnungsklausel einverstanden waren. Auf der am Mittwochabend (20.5.) stattfindenden Funktionärsversammlung der IG-Chemie, die von ca. 1 800 Mitgliedern besucht war, platzte die Nachricht vom plötzlichen Abschluß des Tarifvertrages wie ein Bombe. Von seiten der Vertrauensleute wurden scharfe Angriffe gegen die Tarifkommission geführt, die den Tarifvertrag aber auch nicht mehr aus der Welt schaffen konnten. Die Angriffe der Vertrauensleute gingen vor allem in zwei Richtungen, nämlich dahin, dass die Forderung nach Firmentarifverträgen überhaupt ersatzlos gestrichen worden war, und dahin, dass weder die Werkstarifkommissionen noch die Mitglieder vorher gefragt wurden.

Dass es zu diesem glatten Umfall der Hessischen Tarifkommission kam, liegt nun nicht nur an dem vorherigen Angebot des Arbeitgeberverbandes, der natürlich darauf abzielte, der Gewerkschaft den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der entscheidende Grund für das plötzliche Scheitern der Betriebsnahen Tarifpolitik liegt vielmehr in dem geschickten Zusammenspiel von Unternehmerangebot und dem Verhalten einiger Betriebsräte, die in der Tarifkommission mit ihrem Einfluß die Forderung nach Firmentarifverträgen unterliefen. Die eifrigsten Drahtzieher dabei waren die Betriebsräte Brandt von der Höchst AG und Hippmann von der Cassella AG. Betriebsrat Brandt versteht es anscheinend besonders gut, die Interessen seiner Kollegen zu vertreten, als ihm bei der Aufstellung der Lohnforderungen durch die Werkstarifkommission nichts besseres einfiel, als 30 DM Zwangssparen und eine Veränderung der Altersstaffel bei den Gehaltstarifen (vgl. Express international vom 3. April 70).
Da nimmt es nicht wunder, dass er in der Bezirkstarifkommission auf das Angebot der Höchst AG, eine Lohnerhöhung von 11% auf die schon gezahlten Effektivlöhne zu vereinbaren, völlig umfiel und die anderen mit sich zog. Dies umso leichter, als auch andere Mitglieder dieser Tarifkommission wie der ebengenannte Betriebsrat Hippmann für eine Aufgabe der Forderung nach Firmentarifverträgen plädierten.
Nachdem in dem Zweigwerk der Darmstädter Firma Röhm & Haas in Worms der Betriebsrat vor einem spontanen Streik zurückschreckte, waren die Vertrauensleute und die Belegschaft von Röhm & Haas und Merck zu isoliert, um alleine zu Kampfmaßnahmen zu schreiten. Wichtig ist aber, dass die Belegschaft dieser beiden Werke den politischen Inhalt der Forderung nach Firmentarifverträgen erkannt hat, weil mit dem Bestehen von Firmentarifkommissionen verhindert wird, dass ohne direkte Beteiligung und Kontrolle der Belegschaft die Lohnauseinandersetzungen geführt werden. An diesem Bewußtsein hat auch die neue tarifvertragliche Lohnerhöhung nichts geändert.
Aus dem Scheitern der Betriebsnahen Tarifpolitik in Hessen können wir folgende Schlüsse ziehen:

Wie wir schon erwähnten, belief sich das bis zum Beschluß der Urabstimmung bestehende Angebot des Arbeitgeberverbandes auf 8% Lohnerhöhung. Als dann aber klar wurde, dass es zum Streik kommen würde, konnte dieses Angebot ohne weiteres zuerst auf 10% (in der AK-Chemie sogar auf 16%) und dann beim Tarifabschluss auf 11% und 5% Voraberhöhung (beides rückwirkend zum 1. April) erhöht werden. Das zeigt doch ganz klar, was man von solchen Lohnangeboten zu halten hat, d.h. wie wenig diese Löhne die Profite der Unternehmer schmälern. Umso wichtiger ist es, auch weiterhin die Forderung nach Firmentarifverträgen zu stellen, da dadurch die Löhne an die Profite gekoppelt werden können.
Andererseits muß darauf hingearbeitet werden, dass solche Betriebsräte wie bei Höchst und Cassella, die sich als Helfershelfer des Kapitals hervortaten, ausgeschaltet werden. Dass dies erreicht werden kann, zeigt das Beispiel der Merck OHG in Darmstadt. Durch die Arbeit der Vertrauensleute, die dort nicht ihre Interessen, sondern die ihrer Kollegen vertreten, wurde erreicht, dass der Betriebsrat völlig funktionslos geworden ist. Dies ist deshalb wichtig, weil die Vertrauensleute, die ihren Kollegen direkt verantwortlich sind, die Interessen der Belegschaft besser vertreten können, da sie in ihrer Tätigkeit nicht wie der Betriebsrat an die Kette des § 49 BetrVerfG (Unterordnung der Tätigkeit des Betriebsrats unter das Betriebsinteresse, d.h. unter das Interesse des Unternehmers) gebunden sind. Gleichzeitig müssen sie sich nicht wie der Betriebsrat nur alle drei Jahre durch Wahl vor der Belegschaft verantworten.

Damit in der nächsten Tarifrunde nicht wieder derselbe Umfall zum Scheitern der Betriebsnahen Tarifpolitik führt, hat die Verwaltungsstelle der IG Chemie in Darmstadt schon jetzt begonnen, die nächste Tarifrunde aufzubauen und die Vertrauensleutekörper zu stärken.

Erfolgreiche Rote-Punkt-Aktion in Herford und Minden

In der Öffentlichkeit sind vor allem die Rote-Punkt-Aktionen in Heidelberg und Hannover bekannt geworden. Weniger bekannt ist dagegen, daß in der Zwischenzeit in einer Reihe von Städten in der BRD erfolgreiche Rote-Punkt-Aktionen stattgefunden haben. Weil es wichtig ist zu wissen, daß Heidelberg und Hannover keine Eintagsfliegen waren, bringen wir den folgenden Bericht:

"Was dem einen sin Ul, ist dem andern sin Nachtigall" heißt ein norddeutsches Sprichwort. In diesem Fall: was für den Aufsichtsrat des Elektrizitätswerkes Minden-Ravensberg (EMR) eine Niederlage ist, freut die Massen. Die Rote-Punkt-Aktion hat den Aufsichtsrat gezwungen, die Erhöhung der Fahrpreise (um 50-100%!) wieder rückgängig zu machen.

Das ist ein großer Erfolg, da die Voraussetzungen dafür nicht besonders günstig waren. In Minden gibt es keine Organisation der Linken, die in Aktionen erfahren gewesen wäre. Außerdem wurde zur gleichen Zeit in Hannover die 2. Rote-Punkt-Aktion mit einem riesigen Polizeiaufgebot zunichte gemacht. Daß es dennoch zu dem Erfolg in Herford und Minden gekommen ist, hängt von folgenden Besonderheiten der Auseinandersetzung dort ab.

Anders als in Heidelberg stellte sich der DGB vollkommen auf die Seite der Rote-Punkt-Aktion. Der DGB stellte sowohl in Herford als auch in Minden Büroräume. Telefon und Abzugsmaschinen zur Verfügung. Die Rote-Punkt-Aktion ist besonders von Schülern und jungen Arbeitern organisiert worden. Nach einem Bericht der UZ (= Unsere Zeit= Wochenzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei) vom 25. 4. 70 nahmen viele junge Arbeiter ihren Jahresurlaub, um sich aktiv an der Rote-Punkt-Aktion beteiligen zu können. Darin zeigt sich eine hohe Bereitschaft der jungen Arbeiter, organisiert für das allgemeine Interesse Widerstand zu leisten.
Eine lokale Besonderheit war überdies der Rote-Punkt-Aktion günstig. Minden (65000 Einwohner) und Herford (70000 Einwohner) sind mittelgroße, weitläufige Städte, deren Busse besonders die Außenbezirke nur derart mangelhaft bedienen, daß es keine Seltenheit ist, wenn der Bus nur jede Stunde fährt. Hier war der Rote-Punkt-Verkehr natürlich von vornherein überlegen. Deswegen lief der Boykott in den Außenbezirken "von selbst", während in den Stadtzentren zu dem Mittel der Blockade gegriffen wurde. Für die Zeit der 13-tägigen Rote-Punkt-Aktion (1.4.-14.4.) wurde kein Busverkehr in den Innenstädten geduldet.
Die Bevölkerung beteiligte sich mit überwältigender Mehrheit an der Rote-Punkt-Aktion. Deshalb konnte sie auch fast zwei Wochen lang durchgehalten werden und schließlich zum Erfolg führen. Bei einer Kundgebung in Herford, mit der der Aufsichtsrat der EMR zur Stellungnahme gezwungen werden sollte, versammelten sich 3000 Menschen. In den Betrieben wurde Geld für Benzingutscheine gesammelt. Regelmäßig wurden Flugblätter an den Betrieben verteilt, die über den Stand der Dinge informierten.
Die hauptsächlichen Parolen des Aktionskomitees "Roter Punkt" waren "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz" und "50 Pfennige Einheitstarif"

Es zeigt sich, wie diese Forderungen, die zuerst in Heidelberg und Hannover aufgestellt wurden, um sich gegriffen haben. Daß sie noch nicht erreicht wurden, heißt nicht, daß sie unerreichbar sind. Erreicht wurde aber in Herford und Minden eine völlige Zurücknahme der Preiserhöhungen. Und erreicht wurde durch diese Aktion ebenfalls eine Stärkung der Kampfbereitschaft und Solidarität der Arbeiter und Angestellten. Ein Mitglied des Aktionskomitees "Roter Punkt" drückte das so aus: "Die meisten Älteren haben nur zu gehorchen gelernt. Nun hat sich das Nichtgehorchen als wesentlich wirksamer erwiesen. Das jahrzehntelange Hinnehmen der von der Obrigkeit kommenden Anordnung ist kein Naturgesetz. Wir haben Erfolg gehabt, weil wir nicht mehr länger alles hinnehmen. Diese Erfahrung sollten wir nicht vergessen."
Nicht fürchtet die herrschende Klasse mehr als die Vereinigung der Beherrschten. Deswegen wurde damals in Heidelberg von Zundel und Brückner gegen die Rote-Punkt-Aktion gehetzt, deswegen wurde die 2. Rote-Punkt-Aktion in diesem Jahr in Hannover von der Polizei unterdrückt und deswegen wurden die erfolgreichen Aktionen in Herford und Minden von der Presse vollständig verschwiegen. Eine weitere Rote-Punkt-Aktion ist unterdes in Flensburg angelaufen.
Ende Mai, am 29. 5. 70 rührte sich auch in Heidelberg wieder mal einiges in Bezug auf die Straßenbahntarife. Mit theatralischen Vokabeln wie "verzweifelte Situation" und "Streckenstillegung" wurde im Heidelberger Gemeinderat von den "Volksrepräsentanten" herumgeworfen. Zunächst will man damit im Heidelberger Gemeinderat die Nachbargemeinden zur Kasse bitten. Für den Fall, daß dies nicht gelingen sollte, erinnern wir an den Ausspruch von Straßenbahndirektor Brückner (SPD), den wir bereits im Roten Kommentar vom 15.5.70 zitiert haben. Zu denkbaren Fahrpreiserhöhungen sagte Brückner: "Erstunken und erlogen".

Rede eines spanischen Arbeiters am 1. Mai auf dem Uni'-Platz

Heute am 1. Mai, dem internationalen Fest der Arbeit, möchte ich im Namen aller demokratischen Kräfte, die in Spanien gegen die brutale Franco-Diktatur kämpfen, alle hier anwesenden begrüßen, sie zu ihren im Kampf erzielten Erfolgen beglückwünschen und ihnen immer neue Erfolge wünschen, solange bis mit allen Klassenunterschieden, mit aller rassischen und geschlechtlichen Diskriminierung Schluß gemacht werden kann.

Genossen!
Laßt mich zu Euch über die großen Streiks und Demonstrationen sprechen, die heute unter dem Franco-Regime in Spanien stattfinden. In Asturien, in der staatlichen Bergwerksgesellschaft Hunesa führten die Bergarbeiter einen Streik durch, der fast zwei Monate dauerte. Es gab Streiks bei Dure Felquera in Mieres, in der Tabakindustrie in Gijón, und zum ersten Mal seit ihrem Bestehen streikten bei der staatlichen Stahlgesellschaft Ensidea tausende von Arbeitern. An all diesen Kämpfen in Asturien waren über 40 000 Arbeiter beteiligt.

Nun zu Katalonien: In der Glühbirnenfabrik "Lámparas Z" beginnen 5 000 einen Streik, der auf die Firmen "Maquinista", "Seat" und "Cipalsa" übergreift. In der Textilindustrie organisierten die Arbeiter von Remo del Agua einen allgemeinen Kurzstreik. Streiks gab es auch außerdem im Baugewerbe. Über 60 000 Arbeiter haben an die-

sen Aktionen in Katalonien teilgenommen. Außerdem kam es zu Kampfaktionen in Pamplona, Navarra, Sevilla, Zaragoza, Madrid, Las Palmas und Biskaya. Hervorzuheben wäre auch der Streik der Arbeiter in der Gummifabrik "Cauches de Levante", die das Werk besetzten und deren Angehörige die Eingänge unter Kontrolle hielten.
Wenn wir über all diese Kämpfe berichten wollten, dann brauchten wir 3 Tage dafür. Sie fanden ihre Vorbereitung in der Generalversammlung der "Comisiones Obreras", der Arbeiterräte, Ende letzten Jahres.
Wir als fortgeschrittenster Teil der Arbeiterklasse sind der Auffassung, daß die marxistisch-leninistischen Kräfte sich niemals von der Arbeiterklasse loslösen dürfen; denn diese wird mit uns zusammen in den jeweiligen Ländern die bürgerlichen Regime und die faschistischen Disktaturen stürzen, die Diktatur des Proletariats errichten und den Sozialismus aufbauen.
Es ist wahr, daß gewisse Führer von Arbeiterparteien und bestimmte Gewerkschafter ihre Klassenzugehörigkeit vergessen haben; aber es stimmt auch, daß die beste Form, sie zu entlarven, die ist, wenn man neben ihnen steht, um sie öffentlich anzuprangern und sie von ihren Positionen zu entfernen. Erinnern wir uns an die Worte Lenins, der sagte, wer die reine Revolution wolle, werde sie niemals erleben. Für mich besteht kein Zweifel, daß für das Gelingen der sozialen Revolution die Einheit von Arbeitern, Bauern und Studenten unbedingt erforderlich ist.
Im heutigen Spanien ist diese Einheit bereits erreicht. Jede Demonstration, jeder Streik der Arbeiter findet die bedingungslose Unterstützung der Studenten. Das ist eine für Spanien sehr adäquate Form des Kampfes, denn in unserem Land hat sich die Unzufriedenheit auf alle Bereiche der Gesellschaft ausgedehnt. Die Studenten konnten derart in die offizielle Studentengewerkschaft eindringen, daß sie zu einer echten Vertretung der Studenten wurde, ohne dabei den Rahmen der Legalität zu verlassen. Zwischen der demokratischen Studentengewerkschaft und den Studentenorganisationen, die formal noch innerhalb des offiziellen Rahmens stehen, wurde auf ihrer letzten Versammlung in Valencia folgende aus 3 Punkten bestehende Abmachung getroffen:

1. Ablehnung aller von oben auferlegten Strukturen.
2. Schaffung neuer unabhängiger Organisationsformen für die Studenten.
3. Koordinierung der Aktivitäten im nationalen Rahmen über einen Studentenkongreß.

Trotz des Verbots durch die Behörden und trotz des großen Polizeiaufgebots tagten die Studenten drei Tage lang.
In Spanien, Genossen, besteht die Stärke der Studentenbewegung in ihrer Einheit, in ihrem offenen und demokratischen Charakter und in ihrem Willen, über den engen Rahmen der Legalität hinauszugehen, ohne sich jedoch in den Untergrund zurückziehen zu müssen.
Man kann nicht genug hervorheben, daß die spanische Universität trotz ihrer klassischen Verfaultheit, die von Studenten und Professoren immer wieder angeprangert wird, zu einer Zitadelle des demokratischen Bewußtseins und zu einem Bollwerk des Fortschritts in der heutigen spanischen Gesellschaft geworden ist.
Ohne mich hier in Lobhudeleien ergehen zu wollen, kann ich sagen, daß es nur gerecht ist, die großen Verdienste der spanischen Studenten hier hervorzuheben.
Genossinnen und Genossen!
Wir können den Kämpfen in Spanien nicht gleichgültig gegenüberstehen. Wir müssen uns mit ihnen solidarisieren in Demonstrationen für eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen, durch die Abfassung von Protestschreiben an die offiziellen Zentren des Frankismus usw., und wir müssen auch unsere ökonomische Hilfe beisteuern, damit die Kämpfe auf das höchste entwickelt werden können und mit dem Frankismus ein für alle Mal Schluß gemacht werden kann.
Es leben die Arbeiterräte!
Es lebe der proletarische Internationalismus!

Zehntausende U.S.-Arbeitnehmer demonstrierten für Nixon
Schweigende Mehrheit oder Arbeiterklasse!

Am 20. Mai 1970 demonstrierten in New York zehntausende von Arbeitnehmern gegen den Oberbürgermeister von New York, Lindsay, der den Einmarsch der USA in Kambodscha scharf verurteilt hatte. Zahlreiche Bauarbeiter, aber auch Metallarbeiter, Drucker und Hafenarbeiter marschierten zusammen mit den Angestellten der Wall-Street-Büros (Wall Street = Sitz und Zentrale des US Finanzkapitals) für den US-Imperialismus. Die Arbeitnehmer trugen Plakate wie "Lindsay nach Hanoi", "Wir stehen Mann für Mann hinter unseren boys in Vietnam" usw.

Die französische Zeitung Le Monde, der wir die Informationen für diesen Artikel der Roten Kommentare entnehmen, schreibt dazu: "Präsident Nixon sieht sich neuen Schwierigkeiten gegenüber. Als er am Dienstag ein bedeutendes Defizit im Staatshaushalt (Folge der Ausgaben für den imperialistischen Krieg der USA in Indochina

d. Red) ankündigte, rief dies selbst in seinem Kabinett Proteste hervor. George Romney, Minister für Wohnungsbau, drückte seine Befürchtungen in Bezug auf die Folgen dieses Rufs nach Staatsanleihen aus: die damit verbundene Erhöhung der Zinssätze würde sein Wohnungsbauprogramm gefährden. Paradoxerweise sind die an erster Stelle stehenden Opfer dieser Einschränkungen und der Inflation, die Arbeiter, diejenigen, die sich als heißeste Anhänger des Einmarsches in Kambodscha gebärden."

Die Kriegslasten treffen also die amerikanischen Arbeitnehmer; dieselben Arbeitnehmer demonstrieren für den Krieg und für Nixon, der den Krieg noch ausgedehnt hat. Bei klarer Betrachtung ist dies eine offensichtlich hirnverbrannte Handlung. Es gilt herauszufinden, wie es zu erklären ist, daß die Hirne verbrannt sind.

KRANKENHAUS - EXTRA - BLATT

Wir berichteten in der letzten Nummer der Roten Kommentare über die Lage an den Universitätskliniken. Das Pflegepersonal hatte anhand einiger Punkte in einer Resolution die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen gefordert. Mehr Wäsche- und Pflegematerial, Einrichtung einer Bettenzentrale in der Chirurgie, eine Kindertagesstätte für die Kinder der an den Kliniken Arbeitenden, Verbesserung der Wohnbedingungen in den Schwesternhochhäusern und Abschaffung des Essenszwanges waren die zentralen Forderungen zur Behebung der aktuellen Not.

Es sollten detaillierte schriftliche Stellungnahmen zu diesen Punkten von den zuständigen Stellen abgegeben werden. Aber keiner fühlte sich so recht zuständig: Kultusminister Hahn versprach zwar, dass er sich "sehr stark einsetzen" werde. "Insgesamt seien wichtige Vorschläge gemacht worden, die bei den Haushaltsberatungen in Stuttgart vorgetragen werden sollten". (RNZ 12.5.70) Aber das heisst: Vor 1971 können wir nichts tun.

In einem Telephongespräch am 21.5.70 bestätigte Verwaltungsdirektor Ernst diese Vermutung: Es seien keinerlei Zusagen erteilt worden bisher, sagte er. Speziell zum Kindergarten werde der Bedarf an Mitteln jetzt aufgestellt, nach einer möglichen Genehmigung durch den Landtag dauere es noch 4 bis 6 Wochen bis der Kindergarten arbeitsfähig sei. Solange zu warten waren die Schwestern nicht gewillt. In einem offenen Brief forderten sie noch einmal alle Klinikchefs "als die Verantwortlichen für die Personalsituation an den Kliniken" auf, "einen Teil ihres Geldes bis spätestens in einer Woche für die Finanzierung des Kindergartens in Aussicht zu stellen, damit Verwaltungsdirektor Ernst umgehend die Einrichtung eines Kindergartens und die Anwerbung von Kindergärtnerinnen in die Wege leiten kann".

Einzige Antwort auf diesen Brief, der allen Klinikordinarien zugestellt wurde, war wieder ein Brief von dem Chirurgiechef Linder "an alle Mitarbeiter (!) der Heidelberger Chirurgie", der auch der Presse zugestellt wurde (siehe RNZ 30.5.70). Darin versucht er einerseits, mit Meldungen über angebliche finanzielle Zusagen des Ministeriums zur Verbesserung der Kliniksituation (von denen offensichtlich sonst niemand wusste), alle "Erfolge" auf seine Aktivität, nämlich eine Pressekonferenz zurückzuführen. "Um dieser Dringlichkeitsliste bei der am 11.5.70 stattfindenden Etatbesprechung mit dem Ministerium Nachdruck zu verleihen, wurde am 28. April vom Klinikdirektorium eine Pressekonferenz einberufen. Der Erfolg dieser Aktion für den neuen Haushaltsplan ist nicht ausgeblieben. Zusätzliche Mittel werden dem Betrieb des gesamten akademischen Krankenhauses entlasten." Andererseits lehnt er ganz klar jede eigene Mitbeteiligung an einem Klinikkindergarten ab.

Aus dem Widerspruch zwischen den Verlautbarungen aus Stuttgart und den Verlautbarungen Linders kann der sichere Schluß gezogen werden, daß in absehbarer Zeit nichts sich ändern wird. Deshalb beschlossen de Betroffenen, sich in keinem Fall bis in alle Ewigkeit vertrösten zu lassen. . Auf einer 2. Vollversammlung am 2.6.70 sprach sich die Mehrheit für folgende Resolution aus:

1.
Die Ordinarien werden aufgefordert, binnen einer Woche verbindliche schriftliche Zusagen der Finanzierung des geplanten Kindergartens im Bamberger Haus - mindestens im Sinne eines Finanzierungszuschusses (150 DM Eigenbeteiligung ist für Schwestern viel zu viel) aus den ihnen zufliessenden Privatliquidationen - zu machen, damit mit der Einrichtung seitens der Verwaltung begonnen werden kann, anderenfalls die Klinikbediensteten diese Forderungen mit Massnahmen des Arbeitskampfes durchsetzen werden.
Da der Kindergarten im Bamberger Haus nur 35 Kindern Platz geben kann, ist die sofortige Inangriffnahme der Planung eines Kindergartens im Neuenheimer Feld für ungefähr 100 Kinder unbedingt notwendig. Die Notlage an den Kliniken erfordert es, dass das Land die Durchführung dieses Projektes ohne Zögern genehmigt. Bei geeigneter Planung kann dieser Kindergarten noch dieses Jahr in Betrieb genommen werden. Die Mitsprache der Betroffenen bei der Planung und Ausgestaltung des Projektes wird von der Vollversammlung nachdrücklich gefordert.

2.
Die Vollversammlung sieht die einzige Möglichkeit zur Behebung aller Schwierigkeiten in der Wäscheversorgung in der Anschaffung von mehr Wäsche insgesamt und der Einrichtung eines zentralen Hol- und Bringedienstes.

3.
Aus hygienischen Gründen und aus Gründen der Arbeitsersparnis wiederholt die Vollversammlung nachdrücklich die Forderung nach einer Bettenzentrale in der Chirurgie. Diese Forderung, ebenso wie die damit eng verbundene nach längst überfälligen neuen Betten, werden alle Schwestern und Pfleger solidarisch vertreten und mit geeigneten Massnahmen durchsetzen. Für die Finanzierung ist allein das Land verantwortlich. Das Klinikpersonal ist nicht bereit, die Erfüllung dieser Forderung von Spenden abhängig zu machen.

4.
Die Vollversammlung fordert die Verwaltungsdirektion auf, umgehend in einem Rundbrief an alle Schwestern die Anordnung zu treffen, dass ab sofort alle Überstunden, auch die abgefeierten, auf den Arbeitsbögen verzeichnet und zur Kontrolle von jeder Schwester gegengezeichnet werden müssen. Die Lohnabrechnung soll ab sofort so gestaltet werden, dass die Teilbeträge durchschaubar und kontrollierbar sind. Die Sondervergütungen sollen als Nettobeträge ausbezahlt werden. Der jetzige Zustand, dass Abzüge dieser Beträge in einem späteren Monat

A

vom Normalgehalt auf einmal abgebucht werden, ist unhaltbar! Wenn dies bei der derzeitigen Organisation der Verwaltung nicht möglich ist, müssen die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung (z.B. das Rechenzentrum der Universität) benutzt werden.
5.
Die nächste Vollversammlung findet in 14 Tagen, am 16.6.70 statt."

Auf dieser Vollversammlung werden die medizinischen Arbeiter über ihre Möglichkeiten des Kampfes zur Durchsetzung dieser Forderungen diskutieren. Da die ÖTV ein Abkommen getroffen hat, dass sie auf dem Gesundheitssektor nicht zu Streiks aufrufen wird (!), da andererseits die Versorgung der Patienten nicht unter diesen Massnahmen leiden soll, müssen andere Wege gefunden werden. Als Möglichkeiten wurden bisher der Verwaltungsboykott, Sitzstreik oder Schweigemarsch bzw. Demonstration, Arbeitsniederlegung mit der Begründung, dass unter diesen Bedingungen die Verantwortung für die Patientenversorgung von dem Personal nicht übernommen werden kann und kollektive Kündigungen vorgeschlagen.

Und was tut der Personalrat?

Am Tag nach der Vollversammlung verfasste der Personalrat wieder ein Rundschreiben an alle Bediensteten der Unikliniken. Darin versucht er in 12 Punkten nachzuweisen, dass er seit seiner Konstituierung im Dezember 69 sich für die Verbesserung aller, jetzt von dem Klinikpersonal an die Öffentlichkeit getragenen Mißstände eingesetzt hat. Bis jetzt ist allerdings noch nichts von diesen Bemühungen sichtbar geworden! Uns fällt auf, dass die Informationsarbeit des Personalrates sich darauf beschränkt hat, jeweils nach den Vollversammlungen sich an seine "Kollegen" zu wenden. Auf den Vollversammlungen selbst, wo dieselben Punkte, für die er angibt sich einzusetzen, diskutiert wurden, hat allerdings kein Vertreter des Personalrats gesprochen. Das macht seinen Appell an "seine Wähler", doch volles Vertrauen in die Arbeit des Personalrates zu setzen, unglaubwürdig. Warum wendet sich der Personalrat, wenn er bei den "anderen massgebenden Institutionen" nichts erreicht, nicht an seine Wähler, um durch eine breite Solidarisierung den Forderungen Nachdruck zu verleihen?" (Zitat aus dem Brief des Personalrats dazu: "Viele Probleme konnten noch nicht klargestellt, bzw. zufriedenstellend geklärt werden. Dies liegt jedoch nicht am Personalrat, sondern an anderen massgebenden Institutionen.")

Tut er das nicht, weil er Angst hat, dass "die vertrauensvolle Arbeit " zur "Erfüllung der dienstlichen Aufgaben und zum Wohl der Bediensteten (!) zwischen Dienststelle und Personalrat" dadurch gestört würde? (Der Personalrat hatte anlässlich des Besuches von Kultusminister Hahn sich in einem Brief an diesen beschwert, dass Hahn "dem Aufruf einer kleinen Gruppe" folgend nach Heidelberg gekommen sei. Er, "die legitime Vertretung der Bediensteten in den Kliniken" fühlte sich dabei übergangen, obwohl er doch die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Dienststelle sich immer zum Grundsatz gemacht habe.)

Was ist dem Personalrat wirklich wichtiger - die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Dienststellen, oder die "enge vertrauensvolle Zusammenarbeit" zwischen ihm und denen, deren Interessen er vertritt? Sollen diese Briefe etwa der Ersatz für eine Personalversammlung sein? Der Personalrat hat guten Grund, sich im Dunkel zu halten! Denn seine Wähler sind ihm weit voraus. Sie haben ihre Interessen selbst in die Hand genommen. Da er seit Jahren keine Personalversammlung mehr einberufen hat, taten sie es selbst; da er die Missstände an den Kliniken nie veröffentlicht und zu solidarischen Aktionen aufgerufen hat, tun sie es selbst. Alle Kündigungen gingen durch die Hand des Personalrates - er hat die wirklichen Gründe für das Weggehen der Schwestern, nämlich die unhaltbaren Arbeitsbedingungen, gekannt, aber nie genannt. Er scheut sich noch jetzt, Stellung zu beziehen, sich öffentlich hinter die Forderungen des Klinikpersonals zu stellen, das ihn gewählt hat.
Wessen Interessen vertritt dieser Personalrat? Die der medizinischen Arbeiter, des Klinikpersonals bestimmt nicht!

Solidarisiert Euch mit den medizinischen Arbeitern, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden! Unterstützt sie in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Krankenversorgung!

Dieses Bild aus dem HT zeigt die "teppichgedämpfte Wartehalle 1. Klasse" in der Heidelberger Uniklinik. Daneben zeigte die Zeitung ein Bild der überfüllten Wartehalle 2. Klasse, in der die Patienten zum Teil stehen müssen.

B

Nixon auf seinem Ritt nach Kambodscha

(Er sitzt dabei auf einem Tier, das zwar im Moment noch große Verwüstungen anrichten kann, das aber zum Aussterben verdammt ist.)

Die Arbeiterklasse der USA ist zweifellos zu großen Teilen in chauvinistischem Denken befangen. (chauvinistisch= reaktionäre und verächtliche Haltung gegenüber anderen Völkern). Das US-Kapital, das überall in der Welt seine Raubzüge durchführt, hat auch dem amerikanischen Proletariat einige Brocken hingeschmissen. (Allerdings mit besonderer Ausnahme des schwarzen Proletariats.) Es sind freilich die minderwertigen Fleischsorten; die wertvollen sind für die besitzende Klasse. Aber immerhin: Der amerikanische Arbeitnehmer kann sich erhaben dünken über seine Kollegen in Frankreich, der BRD oder gar in asiatischen und afrikanischen Ländern. Wenn er als Soldat irgendwo im Spinnennetz, das der US-Imperialismus über den Erdball gezogen hat, auftritt, kommt er sich leicht als Herrenmensch vor. Instinktiv fühlt er zwar, daß er stationiert ist, um die Interessen des US-Kapitals zu schützen und nicht, um den Frieden und die Demokratie zu verteidigen. Aber in gewisser Weise verteidigt er auch seinen eigenen Vorteil. Er sieht den niedrigen Lebensstandart im Ausland und sucht die Erklärung nicht darin, daß die höheren Löhne in den USA zum Teil auf der Ausplünderung anderer Völker, auch gerade von armen Völkern in Asien, Lateinamerika und Afrika beruhen.

Einen besonderen Beitrag zur Erhaltung dieses chauvinistischen und rassistischen "Denkens" leisten breite Teile der Gewerkschaften der USA. Sie sind längst keine Interessenvertretungen der Arbeiter gegen das Kapital mehr. So wie es die europäischen Gewerkschaften einmal waren, sind sie nicht in Wahrheit Arbeitnehmer, deren Löhne von Inflation bedroht und deren Arbeitsplätze täglich kündbar sind. Die Kundgebung zeigt aber auch, daß man glaubt, daß die Zweifel in der Arbeiterschaft bereits groß genug sind, daß man sie ihnen durch chauvinistische Veranstaltungen wie am 20. Mai in New York im Keim ersticken muß.
Lassen sie sich auf die Dauer ersticken? Die amerikanischen Arbeiter und Angestellten werden ihre Zweifel am US-Krieg in Vietnam und Kambodscha und am US-Imperialismus überhaupt erhärtet bekommen, wenn sie ihre Löhne durch die Inflation dahinschwinden sehen, wenn sie die Wohnungsbauprogramme und andere Sozialprogramme verschwinden sehen. Ab einem bestimmten Punkt werden sie auch erkennen, daß es in der Hauptsache ihre Söhne und Enkel sind, die als Kanonenfutter des imperialistischen Krieges herhalten müssen. Die Angehörigen der Intelligenz und die Studenten, die jetzt noch in der Hauptsache in den USA gegen den Krieg protestieren, haben die Sache schneller durchschaut. Die Arbeiterklasse braucht länger dazu. Sie muß es gründlich tun. Wenn erst einmal die Arbeiterklasse und die breiten Massen erkannt haben, daß der Krieg nicht seine Ursache im Vietcong, der kambodschanischen Befreiungsfront und der sog. kommunistischen Gefahr sondern im eigenen Lande, im Regime des ausbeuterischen Kapitals hat, dann steht die Befreiung der amerikanischen Arbeiterklasse und die der unterjochten Völker in einem auf der Tagesordnung.

Das Betriebsverfassungsgesetz- ein Gesetz für die Unternehmer und gegen die Arbeiter

Seit im Herbst vergangenen Jahres die SPD zusammen mit der FDP die Regierungsgeschäfte übernommen hat, ist es um die Forderung nach qualifizierter Mitbestimmung stiller geworden. Die Gewerkschaften halten zwar nach wie vor daran fest, die Sozialdemokraten mußten diesen Punkt jedoch mit Rücksicht auf die FDP aus ihrem Regierungsprogramm streichen.

Statt dessen wird jetzt immer mehr davon gesprochen, daß die Mitbestimmung der Arbeiter nach dem Betriebsverfassungsgesetz (das Gesetz über die Betriebsräte) "ausgeweitet" werden soll. Noch in diesem Jahr soll ein Regierungsentwurf zur Novellierung dieses Gesetzes vorgelegt werden. Auch der DGB hat bereits seine diesbezüglichen Änderungswünsche angemeldet. Es ist zu erwarten, daß diese Entwürfe weitgehend Gesetz werden. Man sollte sich deshalb einmal genauer ansehen, wie das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) aufgebaut ist, wem die Betriebsratsparagraphen nützen, und was für eine Art Mitbestimmung da "ausgeweitet" werden soll.

Das heute gültige Betriebsverfassungsgesetz stammt aus dem Jahr 1952. Es regelt den Aufbau und die Rechte der Betriebsräte. Mit dem Wort "Betriebsrat" knüpft das Gesetz an dem Begriff der Arbeiterräte an, die in der Novemberrevolution 1919 von Arbeitern zu ihrer Interessenvertretung gebildet worden waren. Diese Räte waren an alle Aufträge und Weisungen der Arbeiter gebunden.
Aber selbst einen solchen Betriebsrat sind durch das Gesetz weitgehend die Hände gebunden. Zum Beispiel darf er sich nicht "parteipolitisch" betätigen(§51 BetrVG). Die Arbeitsgerichte haben diesen Maulkorbparagraphen so ausgelegt, daß dem Betriebsrat schon jede Äußerung verboten ist, die auch nur Ähnlichkeit mit dem Programm einer Partei hat. Und die Unternehmer nehmen die Bestimmung oft als willkommenen Vorwand, mißliebigen Betreibsräten zu kündigen.
Jedermann weiß, daß die meisten Betriebsräte heute keine solchen Interessenvertretungen mehr sind. Wenn ein Betriebsrat einmal gewählt ist, kann er praktisch tun und lassen, was er will. Es gibt zwar Betriebsversammlungen, in denen Anträge gestellt werden können (§44 BetrVG), aber kein Betriebsrat braucht sich um das zu scheren, was die Kollegen dort diskutieren. Die Arbeiter der Klöckner-Hütte in Bremen haben das erkannt und bei der letzten Betriebsratwahl in der Mehrheit für die Kanditaten gestimmt, die sich verpflichtet hatten, die Belegschaft zu informieren und ihre Aufträge durchzuführen, die Arbeiter also direkt entscheiden zu lassen (vgl. Rote Kommentare v,30,1,70).

Ein Maulkorb für den Betriebsrat

Betriebsräte, welche die Interessen ihrer Kollegen mit Nachdruck vertreten, leben gefährlich. Den Industriechefs ist dann jeder Anlaß zur fristlosen Kündigung recht. So wurden Anfang März der Betriebsratvorsitzende und sein Stellvertreter der Hornschuch AG in Weißbach/ Künzelsau fristlos entlassen, wil sie grob gegen die Arbeitsordnung des Betriebes verstoßen hätten. Sie hätten das Werk verlassen, ohne sich ordnungsgemäß beim Pförtner abzumelden. So jedenfalls begründete Generaldirektor Widenmeyer die Kündigung. Was der wahre Grund war, galt unter der Belegschaft als offenes Geheimnis. Die beiden Betriebsräte Hans Roth und Othmar Spagl hatten sich immer kompromißlos für die Belange ihrer Kollegen eingesetzt. Die 2500 Belegschaftsangehörigen gaben diesem Akt von Unternehmerwillkür die richtige Antwort: durch einen zweitägigen Streik erzwangen sie die Wiedereinstellung ihrer Betriebsräte ! (uz v. 26.3.70)

Das ist nur ein Beispiel, und es zeigt, wie schwach die gesetzliche Stellung der Betriebsräte gegenüber den Unternehmern ist. Das Bundesarbeitsgericht sagt sogar: " Betriebsratsmitglieder können aus jedem wichtigen Grund entlassen werden."(BAG Urteil v. 15.9.54) Wenn man weiß, daß als "wichtiger Grund" jeder sogenannte grobe Verstoß gegen die "Arbeitsordnung" angesehen wird, kann man einschätzen, auf welchem schwankenden Boden Betriebsräte sich bewegen, die sich den Wünschen der Industriebosse nicht anpassen. Nur das solidarische Handeln ihrer Kollegen kann sie dann schützen.
Leider sind die Fälle selten, daß Betriebsräte versuchen, die Fesseln des Betriebsverfassungsgesetzes abzuschütteln und trotz allem in enger Zusammenarbeit mit den Kollegen die Arbeiterinteressen konsequent wahrzunehmen. Im Gegenteil scheint es meist so zu sein, daß sie mehr mit den Chefs zusammenarbeiten als mit den Arbeitern, deren Interessen sie doch vertreten sollen. Ein besonders krasser Fall ist jetzt aus Speyer aus der ROVO-Salamander-AG bekanntgeworden, als sechs Jungarbeitern gekündigt wurde, die sich weigerten, zu einer von der Konzernleitung angeordneten samstäglichen "Sonderschicht" anzutreten. Durch solche betrieblichen Druckmittel versucht die Konzernleitung, gerade in der jetzigen Hochkonjunktur das Höchste an Arbeitsleistung und damit an Profit herauszuschinden. Umso unverständlicher war es für die sechs gekündigten Jungarbeiter, daß die Kündigungsschreiben von dem Betriebsratsvorsitzenden Weinmann mitunterzeichnet waren ! Sie wunderten sich allerdings nicht mehr, als sie erfuhren, daß dieser Betriebsratsvorsitzende gleichzeitig Personalchef des Betriebes ist ! (Speyrer Tagespost v. 6.3.70)
Wie unvereinbar die Posten als Personalleiter und Betriebsrat sind, wird klar, wenn bedenkt, daß jener Herr Weinmann als Personalchef die Interessen des Konzerns, als Betriebsrat jedoch die der Arbeiter vertreten soll. Die Interesse des Konzerns werden bestimmt durch die Aneignung des höchstmöglichen Profites durch die wenigen Kapitaleigner (Aktionäre) und durch die maximale Ausweitung des Profits. Daraus ergibt sich das Streben nach totaler Beherrschung der lohnabhängigen Arbeiter durch die Kapitaleigner und die Manager, die an den Profiten beteiligt sind. Als Betriebsrat aber soll Weinmann genau

die gegenteiligen Interessen, nämlich die der Arbeiter wahrnehmen. Daß dies unmöglich ist, leuchtet ein. Die Kündigungen in Speyer konnten nicht durchgesetzt werden, weil eine sozialistische Arbeitergruppe in einer Flugblattaktion dagegen protestierte. DerFall Weinmann kann aber nicht als Einzelfall abgetan werden. Vielmehr ist es so, daß das Gesetz solchen Auswüchsen entgegenkommt. Es gibt im Betriebsverfassungsgesetz eine Klausel (§ 49 BetrVG), in der es heißt, Arbeitgeber und Betriebsrat sollten "vertrauensvoll" und zum "Wohl des Betriebes und seiner Arbeitnehmer unter Berücksichtigung des Gemeinwohls" zusammenarbeiten. Außerdem müssen nach dem Gesetz Arbeitgeber und Betriebsrat "alles unterlassen, was geeignet ist, die Arbeit und den Frieden des Betriebs zu gefährden".

Dieser Gummiparagraph ist nicht neu. Er hat vielmehr eine ziemlich braune Vergangenheit. Das nationalsozialistische "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" von 1934 enthielt die gleiche schwammige Klausel. Unternehmer und Betriebsrat (damals "Vertrauensrat" genannt) wurden verpflichtet, "gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke" zusammenzuarbeiten und "das gegenseitige Vertrauen zu vertiefen". Wie das "Vertrauen" zwischen Unternehmer und Arbeitern aussieht, hat man in Speyer gesehen - und kann es täglich in den Betrieben erleben. Wer sich nicht bedingungslos dem "Betriebszweck" unterordnet, der hat mit härtesten Druckmitteln und Gegenmaßnahmen zu rechnen.

(Fortsetzung dieses Artikels in der nächsten Nummer der Roten Kommentare)

Zur Befreiung Andreas Baaders

Am 14.5.1970 wurde in Berlin Andreas Baader aus der Strafhaft befreit. Baader war bekannt geworden, als er mit anderen jungen Leuten im Jahre 1968 nachts in einem menschenleeren Kaufhaus in Frankfurt einen Brandsatz legte. Er wollte damals eine Gesellschaft, die er als Wohlstandsgesellschaft empfand, auf den täglichen Völkermord in Vietnam aufmerksam machen. Für solche immerhin bemerkenswerten Empfindungen, die damals recht verbreitet waren, hatten seine Richter kein Verständnis. Dieselben Richter, die sonst gerne im Seelenleben der Angeklagten wühlen, vermieden es, auf Baaders Motive besondere Rücksicht zu nehmen. Baader erhielt drei Jahre Zuchthaus, ebenso seine Mitangeklagten. Ein Jahr haben sie abgesessen.

Bei diesem Vorkommnis der Befreiung Baaders erscheinen einige grundsätzliche Überlegungen angebracht: Bekanntlich haben die Staatsmacht, die Presse und die Bundestagsparteien schon auf die Demonstrationen der Studenten in den letzten vier Jahren immer wieder reagiert wie auf einen Umsturzversuch. Militärische Ausrüstung der Polizei, eine ständige Verhetzung der politischen Studenten und die Einleitung von schätzungsweise 7000 Strafverfahren, Hausdurchsuchungen mit Maschinenpistolen, Festnahmen mit vorgehaltener Waffe und unzählige Knüppelschlachten waren Kanonenschüsse auf Mücken. Wobei allerdings klar ist, daß diese "Mücken" mit gutem Grund die Herren angegriffen haben und überall, wo etwas nicht stimmte, den Finger darauf gehalten haben und Reformen gefordert haben. Was wir sagen wollen ist: die Reaktion der herrschenden Kreise gegenüber der Studentenbewegung war hysterisch und brutal. Sie zeigten auch, wie wenig sie ihrer Sache sicher sind.
Mit dem Amnestiegesetz schien der Staat dazu überzugehen, die Studentenbewegung realistischer einzuschätzen und seine Handlungen nicht durch panische Angst diktieren zu lassen.
Die Reaktion der Staatsorgane, aber auch der Presse auf die Befreiung Baaders brachte jetzt wieder einen neuen Höhepunkt der Hysterie und der Hetze: Jeder Jurist weiß, daß nicht jeder, der eine Tat mit einer Pistole durchführt, ein Mörder ist. Für die Annahme des Mordes muß der Vorsatz zu töten vorliegen, der dazu mit niedrigen Beweggründen verbunden sein muß. Durch Polizei und Presse wurde aber und wird so getan, als ob hier ein gemeiner Mordanschlag vorliegen würde. Von einer Absicht zu töten, kann bei dieser Sache nicht die Rede sein. Trotzdem ist gegen die Journalistin Ulrike Meinhof und andere, die an der Handlung teilgenommen haben sollen, Haftbefehl wegen versuchten Mordes erlassen worden. Dabei sind die Verfolgungsbehörden nicht stehengeblieben: Die Suche nach Personen mittels Steckbrief ist eine Methode, die außergewöhnlich ist. Seit 1945 hat die Staatsanwaltschaft Berlin nicht einen einzigen Steckbrief erlassen. Die Journalistin Ulrike Meinhof und andere werden jetzt in Berlin steckbrieflich gesucht. Die Befreiung Baaders gilt als d e r Kriminalfall. Über 20 Haussuchungen, meist ohne Haussuchungsbefehl, wurden durchgeführt. Eine speziell eingesetzte Sonderkommission veranlaßte auf der Suche nach Baader am 16.5.70 in Berlin nächtliche Straßenkontrollen. Obwohl die Befreiung einen politischen Hintergrund hat, wurde Interpol eingeschaltet, was bei politischen Delikten rechtswidrig ist. Mit zwei Mannschaftswagen und einem Dutzend Kripobeamten, einigen Staatsanwälten und einem Richter wurde am 29.5. das Anwaltsbüro, in dem auch Rechtsanwalt Mahler arbeitet, durchsucht. Eine Anwaltskanzlei genießt besonderen Rechtsschutz. Sie darf nicht durchsucht werden, da sie rechtlichen Interessen des Beschuldig-

---

Neueste Entwicklung:

In der Privatwohnung Mahlers fand die Polizei den Personalausweis Baaders in einer Nachttischschublade. Das hat sie in solche Verwirrung gestürzt, dass sie die Beschlagnahme des Ausweises nicht ins Durchsuchungsprotokoll aufnahmen. Die Presse spricht von einer peinlichen Panne. Es war nötig, ein besonderes Zusatzprotokoll nachträglich anzufertigen. Die hetzenden Hunde überschlagen sich.

Am 3.6. ist gegen den Rechtsanwalt Mahler, der im Sommer letzten Jahres auch in Heidelberg in mutiger Weise Studenten verteidigte, Haftbefehl erlassen worden. Die Art des Erlasses des Haftbefehls zeigt, dass auch hier etwas nicht stimmt. Der erste Antrag auf Haftbefehl wurde vom Amtsgericht Tiergarten abgelehnt. Erst die obere Instanz war bereit, den Haftbefehl auszustellen. Da der Urlaub Mahlers die Annahme von Fluchtgefahr für die heutigen Gerichte nahelegt, kann das Amtsgericht Tiergarten den Haftbefehl nur abgelehnt haben, weil es einen dringenden Tatverdacht nicht gab.

Wie wir der Presse entnehmen, hat Mahler vor, noch im Juni aus seinem Urlaub zurückzukehren.

ten dient, die für den Staat unantastbar sind. Die Richter und Polizisten schlugen die Einwände der anwesenden Anwälte in den Wind. Sie durchstöberten Akten aus dem Jahr 66/67, schnüffelten im Tagebuch des Rechtsanwalts Stroebele und nahmen ein Blatt mit unzusammenhängenden Buchstaben mit, daß sie in einem Regenschirm entdeckten, sowie einen älteren Brief Mahlers an seinen Mandanten Baader. Wie der Roten Kommentare-Redaktion auf Anfrage beim Rechtsanwaltsbüro Mahler/Eschen/Stroebele mitgeteilt wurde, handelt es sich bei dem geheimnisvollen Blatt Papier, das noch lange die Dechiffrierabteilungen der Polizei beschäftigen wird, um Schreibübungen der minderjährigen Tochter Mahlers, Wiebke Mahler.

Von Baader fehlt bis heute jede Spur. Als Erfolg werten die Verfolgungsbehörden, wenn sie irgendwo in Berlin die Bude eines Waffenbastlers umkrempeln. und den Wohnungsinhaber verhaften. Oder wenn sie einen alten Brief des Verteidigers an Baader aufstöbern.
Man kann sich natürlich überlegen, warum Baader angesichts der Tatsache, daß die Zeit, die er noch hätte verbüßen müssen, die hohen Risiken auf sich genommen hat, die die Aktion zur Folge hat und ihm Neubauers Polizistenbande auf den Hals hetzte. Das ist seine Sache und die seiner Freunde. Wir wünschen Andreas Baader, er möge nie in die Fänge derer geraten, die ihn jetzt verfolgen. Er würde keinen fairen Prozeß bekommen.

Schliesst das Amerika-Haus!

...und macht ein Haus für die Jugend daraus.

Am Montag, den 25. Mai, konnte die Veranstaltung des Amerikahauses - ein Vortrag des Schönredners Thilo Koch über das Thema "Amerika im Wirbel der Weltprobleme" - bloß unter massivem Polizeischutz stattfinden. Seit dem Einmarsch der US-Armee in Kambodscha hatten bisher alle anderen Veranstaltungen ausfallen müssen. So wird es auch bleiben, bis das Amerikahaus geschlossen wird und seine Räume sinnvolleren Zwecken als verlogenen Propagandareden für den amerikanischen Imperialismus zur Verfügung steht. Polizeischutz für das Amerikahaus wird sofort nicht mehr nötig sein, wenn das Amerikahaus für ein Haus für die Jugend umgewandelt ist.
Das Amerikahaus ist eine permanente und offene Provokation für alle Gegner der weltweiten amerikanischen Aggression. Diese Einrichtung, die keinen anderen Zweck hat, als den Herrschaftsanspruch der USA zu dokumentieren und mit einem kulturvollen Anstrich zu versehen, wird aus den Steuergeldern der arbeitenden Bevölkerung bezahlt. Das Land Baden-Württemberg bezahlt für die drei Amerikahäuser in Tübingen, Freiburg und Heidelberg jährlich 400 000 DM. Wenn schon nicht einzusehen ist, warum wir in Heidelberg eine Kultstätte des US-Imperialismus überhaupt dulden sollen, so ist erst recht nicht einzusehen, warum eine solche Kultstätte auch noch von der arbeitenden Bevölkerung bezahlt werden soll. Denn wem nützt dieses Amerikahaus?
Mit seiner Bibliothek kann niemand etwas anfangen, der sich über die USA und ihre Politik informieren will: Über das amerikanische "Rassenproblem" z.B. wird er bloß eine Menge gedruckter Lügen finden, aber nichts über den Polizeiterror gegen die schwarzen Arbeiter und Arbeitslosen, die ihr Elend nicht länger ertragen wollen. Seine Veranstaltungen finden neuerdings unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, wie z.B. am Montag, wo lediglich einige persönlich eingeladene Honoratioren eingelassen wurden, so der Weinheimer Großkapitalist Freudenberg. Wer sonst will auch den Propagandaschmus hören?

Das Amerikahaus dient also niemanden als einigen Handlangern des US-Imperialismus, der überall in der Welt Kriege anzettelt, um seine Weltherrschaft aufrechtzuerhalten. Bezahlt aber wird das Amerikahaus vom Lande Baden-Württemberg aus Steuergeldern; deshalb stößt die Forderung auf Schließung auf zunehmende Sympathie in der Bevölkerung. Jene Herren, die mit ihrer Polizei das Amerikahaus schützen lassen, werden deshalb eines Tages dieselbe Niederlage erleben, wie bei dem Versuch, den Protest gegen die Straßenbahnfahrpreiserhöhung mit Polizeigewalt zu unterdrücken.
Wir fordern deshalb die Gewerkschaften auf, sich der Kampagne zur Schließung des Amerikahauses anzuschließen! Schließlich haben auch die Gewerkschaften auf Druck einiger Betriebsräte in einer Stellungnahme gegen den Vernichtungskrieg in Indochina, gegen den Einmarsch in Kambodscha und gegen den Polzeiterror in den USA protestiert. (Rote Kommentare vom 15.5.1970) Oder wird es der DGB wieder bei bloßen Worten lassen? Wird er, wie schon so oft, sich wieder von denen distanzieren, die von bloßen Worten genug haben? An der Demonstration am Montag haben sich im Laufe der Auseinandersetzung zunehmend auch junge Arbeiter beteiligt, die wissen, daß die Schließung des Amerikahauses vor allem auch im Interesse der Arbeiterklasse ist, die den weltweiten Kriegstreibereien der USA und ihrer Propaganda mit Hilfe ihres Geldes nicht länger zusehen kann.
Wir fordern Stadtbürokratie und Landesregierung auf, die Umwandlung des Amerikahauses in ein Haus der Jugend endlich einzuleiten und die Mittel für das Amerikahaus zu sperren.
Unsere Forderung ist: Schließt das Amerikahaus

Flugblatt des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes Heidelberg und des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Heidelberg